

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: DAC - OPEC - Dreierkonferenz -
Entwicklungsländer - Steuern**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: DAC - OPEC - Dreierkonferenz - Entwicklungsländer - Steuern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 7, pp. 325-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135087>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

DAC

Verfehltes Klassenziel

Für den Chronisten gehört es bereits zur ungeliebten Routine, alljährlich einen geharnischten Kommentar zu den immer wieder enttäuschenden Entwicklungshilfeleistungen westlicher Geberländer zu verfassen. Doch bieten weder die jetzt vom Development Assistance Committee (DAC) der OECD für 1976 vorgelegten Zahlen Anlaß, sich dieser traurigen Pflicht zu entziehen, noch dürfte sich in der näheren Zukunft daran etwas fundamental ändern.

Die 17 westlichen Industrieländer hatten 1976 Mühe, ihre Leistungen aus dem Vorjahr (13,6 Mrd. \$) zu wiederholen. Die 13,7 Mrd. \$ reichten aber nicht aus, um ein Absinken des BSP-Anteils von 0,36 % auf 0,33 % zu verhindern, geschweige denn den inflationsbedingten Wertverfall der Hilfe auszugleichen. Positiv heben sich von dem allgemeinen Bild nur die Niederlande, Schweden und Norwegen ab, die 1976 als einzige ihr 0,7 %-Soll erreichten und überschritten. Sie sind zwar die „moralischen Sieger“, gehören aber mit weniger als 10 % der gesamten öffentlichen Hilfe der DAC-Länder leider nicht zu den potentesten Spendern. Die größten Geberrationen waren einmal mehr auch die geizigsten, gemessen am „UN-Klassenziel“, das weder die USA (0,26 %) noch Japan (0,20 %) noch die Bundesrepublik (0,31 %) erreichten.

Daß es zur Änderung dieser höchst unbefriedigenden Situation eines grundsätzlichen Wandels im Geberverhalten bedarf, ist den Entwicklungsländern inzwischen bewußt. Sie verlangen daher, die öffentliche Entwicklungshilfe auf jährliche Beträge als Bestandteil fester, langfristiger Zusagen umzustellen, um Vorhersehbarkeit, Kontinuität und Sicherheit des Mittelzuflusses zu gewährleisten. Auch hierzu bedürfte es jedoch eines ernsthaften politischen Willens, der bei den meisten Industrieländern noch nicht erkennbar ist. bo

OPEC

Machtproben

Nach sechsmonatiger Uneinigkeit über die Erdölpreispolitik bahnt sich bei den 13 OPEC-Mitgliedsländern ein Kompromiß an, der wieder auf ein ein-

heitliches Erdölpreissystem zurückführt. Auf der im Dezember 1976 durchgeführten letzten OPEC-Konferenz in Katar hatten sich elf Mitgliedsländer für eine 10%ige, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate aber für eine nur 5%ige Rohölpreiserhöhung entschieden. Außerdem wollten die Elf ab 1. Juli eine weitere Preisanhebung von 5 % vornehmen. Nach dem Kompromiß sollen nun diese Länder auf die geplante Preiserhöhung verzichten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate dagegen ihren Rohölpreis an das Preisniveau der übrigen OPEC-Länder anpassen.

Damit ist die Machtprobe zwischen den gemäßigten erdölexportierenden Ländern, vor allem Saudi-Arabien, und den Verfechtern einer progressiveren Erdölpreispolitik, insbesondere Iran, zunächst optisch unentschieden ausgegangen. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß Saudi-Arabien die OPEC-Entscheidung mehr beeinflußt hat als die Mehrheit der Mitgliedsländer, die eine weitere Preiserhöhung durchsetzen wollten. Zwar haben Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate ihr Förderpotential nicht ernsthaft ausgenutzt, um den übrigen OPEC-Ländern keinen schweren Schaden zuzufügen; dennoch mußten insbesondere Kuwait, Irak, Iran und Katar in der ersten Hälfte 1976 einen empfindlichen Rückgang ihrer Erdölexporte hinnehmen. Angesichts dieses Hintergrunds ist damit zu rechnen, daß der Kompromiß bei einer, wenn auch geringfügigen Verbesserung der Marktverhältnisse wieder hinfällig wird.

na

Dreierkonferenz

System-Dissens

Was Anfang Juli in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr möglich war, nämlich die komplette Runde der konzertierten Aktion zusammenzubringen – die Gewerkschaften sagten ihre Teilnahme wegen der Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber ab –, hatte eine Woche zuvor auf europäischer Ebene noch stattgefunden: Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer der EG hielten Ende Juni in Luxemburg ihre „Dreierkonferenz“ ab. Die Medien schenkten ihr nur relativ begrenzte Aufmerksamkeit, nachdem schon die an die erste gemeinsame Gesprächsrunde vor reichlich einem Jahr geknüpften Erwartungen recht gedämpft gewesen waren.

In der Tat geriet das diesjährige Treffen in erster Linie zur Darstellung und Verdeutlichung der unterschiedlichen Konsequenzen, die die Tarifparteien aus der wirtschaftlichen Fehlentwicklung des vergangenen Jahres gezogen haben. Sämtliche auf der Vorjahreskonferenz vereinbarten gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen wurden nämlich nicht erreicht, was auch eine Realisierung der mittelfristigen, bis zum Jahre 1980 anvisierten Zielkombination recht unwahrscheinlich macht. Und mit der Feststellung, daß die unzureichende Investitionsneigung einen Kernpunkt für diesen unbefriedigenden Wirtschaftsverlauf bildet, endet die Gemeinsamkeit der Tarifparteien. Die Arbeitgeber folgerten aus der Investitionsschwäche, daß eine Sicherung der Kapitalrenditen als Voraussetzung für eine hinreichende Entwicklung der Investitionen notwendig sei. Der Europäische Gewerkschaftsbund hingegen forderte eine „aktive“ Investitionspolitik, die „auf die Grundlage einer engen Koordinierung der Aktivitäten im privaten und öffentlichen Sektor gestellt“ wird, da der Marktmechanismus bei der Lösung der anstehenden Probleme überfordert wäre. Kein Wunder also, daß bei solch unterschiedlicher Beurteilung der Leistungsfähigkeit des in den Mitgliedsländern der EG herrschenden Wirtschaftssystems nicht einmal ein gemeinsames Communiqué zustande kam. wt

Entwicklungsländer

Konstanz der Defizite

Untersuchungen des Forschungsinstituts des Internationalen Währungsfonds zeigen, daß die Leistungsbilanzsituation der nichterdölexportierenden Entwicklungsländer heute nicht schlechter ist als vor der Ölkrise: Unter Berücksichtigung von Inflation- und Wachstumsentwicklung vergleichbar gemacht entspricht das durchschnittliche Leistungsbilanzdefizit der Jahre 1967–1972 in etwa dem für 1977 geschätzten Wert von rund 30 Mrd. \$. Geändert hat sich global nur die letztendliche Finanzierungsquelle. An die Stelle der Ersparnisse der Industrieländer sind die der erdölexportierenden Staaten getreten.

Diese Konstanz der Leistungsbilanzdefizite und ein sich abzeichnender weiterer Rückgang sind allerdings kein Grund zum Jubeln. Vielmehr sollte man – so provokatorisch das für manche Ohren auch klingen mag – beklagen, daß sie nicht höher gewesen sind. Einschränkend muß man hinzufügen – unter den richtigen Finanzierungsbedingungen. Das hätte allerdings bedeutet, daß die Entwicklungshilfe für diese Länder endlich die ver-

sprochene Höhe erreichte, um den entwicklungs- mäßig notwendigen Realtransfer zu ermöglichen.

Die neuesten Zahlen der OECD zeigen aber, daß die öffentliche Hilfe der westlichen Industrieländer nur nominal das Vorjahresniveau erreicht hat, während die Leistungen der OPEC und der Staatshandelsländer zurückgingen. Da eine Änderung in dieser Hinsicht nicht abzusehen ist, werden die Entwicklungsländer auch weiterhin zu einem starken Rückgriff auf private Finanzierungsquellen gezwungen sein. Dieser impliziert aber aufgrund der dadurch bedingten höheren Schuldendienste einen geringeren Realtransfer. k

Steuern

Streiterei um Anteile

Die Verhandlungen der Bund-Länder-Kommission über die Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens waren eng mit den Problemen des Steueränderungsgesetzes verknüpft. Den Rahmen für diese Verhandlungen bildet Art. 106 GG, wonach eine Neufestsetzung der Umsatzsteueranteile erforderlich wird, wenn sich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben bei Bund und Ländern wesentlich anders entwickelt. 1973 deckte der Bund noch 98 %, die Länder und Gemeinden 96 % ihrer Ausgaben aus den laufenden Einnahmen. Die entsprechenden Deckungsquoten für 1977 werden mit 86 % für den Bund bzw. 94 % für Länder und Gemeinden angenommen.

Da das vom Bundestag am 16. 6. 1977 mehrheitlich gebilligte Steuerpaket nunmehr ab Anfang nächsten Jahres zu einer Anhebung der Mehrwertsteuer auf 12 bzw. 6 % – statt der ursprünglich vorgesehenen 13 bzw. 6,5 % – führt, aber gleichzeitig die geplanten Steuerentlastungen in etwa gleicher Höhe beibehält, kann die mit der Erhöhung ursprünglich beabsichtigte Reduzierung der Defizite der öffentlichen Haushalte zumindest nicht kurzfristig erwartet werden. Es findet lediglich eine Umverteilung in der Steuerstruktur statt. Die dabei eintretende Veränderung der Anteile der Gebietskörperschaften am Steueraufkommen, die zu einer Benachteiligung der Länder und Gemeinden geführt hätte, konnte dadurch kompensiert werden, daß die Länder eine Beibehaltung der Verteilung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer (69 % Bund, 31 % Länder) durchsetzten. Was bei der ganzen Streiterei um Anteile jedoch vergessen wurde, sind die Konsequenzen für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch die verschiedenen Gebietskörperschaften im Hinblick auf ihre Dringlichkeit und Folgen zur Trägerschaft und Finanzierung. b